

Juni/Juli 2011

Newsletter von Dr. Cornelia Ernst

Delegation DIE LINKE. in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)



DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

GUE/NGL
Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentarische Fraktion - EUROPÄISCHES PARLAMENT

Vor Ort in Lampedusa

Mitte Mai besuchte ich die italienische Mittelmeerinsel Lampedusa. Ziel des Besuchs war es, in Gesprächen mit Vertretern von Behörden, internationalen Organisationen und NGOs sowie durch Besichtigungen der Auffanglager ein fundiertes eigenes Bild der Situation und Prozeduren vor Ort zu gewinnen. Bereits am ersten Abend erreichte uns die Nachricht, dass sich Boote mit mehreren hundert Flüchtlingen an Bord auf Kurs nach Lampedusa befanden und vermutlich in den frühen Morgenstunden eintreffen würden. Im Laufe des folgenden Vormittages landeten mehr als 1.200 Flüchtlinge an. Etwa 30 Minuten waren jedes Mal notwendig, um die Menschen, nacheinander, an Land kommen zu lassen, zu zählen, wenn nötig medizinisch zu behandeln, Essen und Getränke zu verteilen und per Bus in die Auffanglager zu transportieren. Fast alle Boote kamen aus Libyen, nur wenige aus Tunesien. Libyer befinden sich auf den Schiffen keine, die Menschen, die Libyen verlassen, stammen in der Mehrheit aus Bangladesch oder aus Ländern südlich der Sahara. Insgesamt befinden sich zwei Auffanglager auf Lampedusa.

Die Lager sind seit Kurzem geschlossen, was bedeutet, dass weder die Neuangekommenen sie verlassen noch Vertreter der Zivilgesellschaft und der Medien sie betreten dürfen. Aktuell wird nur Europaabgeordneten der Zugang gewährt, nicht aber den Abgeordneten des italienischen Parlaments. Beide Lager sind stark überfüllt. Die Behörden und Betreiber der Lager versichern, dass Frauen, Kinder und besonders verwundbare Flüchtlinge immer separat untergebracht werden. Doch angesichts des Überfüllungsgrades ist dies kaum möglich. In dem Lager Imbriacola, welches eine Kapazität von 800 Plätzen hat, befinden sich zurzeit 1.700 Menschen. Die medizinische Versorgung der Flüchtlinge im Lager wird durch 2 Ärzte und 2 Krankenpfleger bzw. Schwestern geleistet. Das zweite Lager, welches eine ehemalige NATO-Basis ist und noch immer unter militärisches Sperrgebiet fällt, ist von den Voraussetzungen gar nicht als Aufnahme- lager geeignet. 450 Menschen sind hier untergebracht, die auch auf Fluren und unter Treppen schlafen müssen.

Nachdem die Menschen im Lager ankommen und sie Gelegenheit zum Waschen haben, ihnen saubere Kleidung zur Verfügung gestellt wird, beginnt die Befragung. Daraufhin wird das Gepäck kontrolliert und im nächsten Schritt folgt eine weitere Identifizierung: Die Flüchtlinge werden bootsweise, wie sie angekommen sind, von der Polizei fotografiert, Fingerabdrücke genommen. Es wird geprüft, wer in SIS bzw. EURODAC registriert ist. Die erhobenen biometrischen Daten stehen dann dem italienischen Innenministerium zur Verfügung und werden in die entsprechenden EU-Datenbanken eingespeist. Beratungsleistungen finden kaum statt. Generell wäre es notwendig, offene europäische Empfangslager ent-



Fotos: Lorenz Krämer

lang der gesamten Südgrenze des Schengenraums einzurichten. Durch die offene Struktur könnten Platzprobleme entschärft werden, durch die erhöhte Anzahl an Lagern könnte die medizinische und juristische Betreuung deutlich verbessert werden. Dies müsste durch ein europäisches System nicht nur für Asyl, sondern insbesondere auch für temporären und subsidiären Schutz und für Arbeitsmobilität ergänzt werden. Statt weiterhin auf die Abwehr von Menschen in schwerer Not zu setzen, wäre die Einrichtung eines humanitären Korridors sinnvoll, so könnten bedrohte Menschen, vor allem aus Drittstaaten, sicher evakuiert werden.

weitere Ausführungen unter: ⇨ <http://bit.ly/j0Wlq0>

Europäisches Parlament
Delegation DIE LINKE. in der GUE/NGL
Rue Wiertz, ASP 6F154
B-1047 Brüssel
cornelia.ernst@europarl.europa.eu
Manuela Kropp: +32 (0)228-47660
Lorenz Krämer: +32 (0)228-37660
Fax: +32 (0)228-49660
manuela.kropp@europarl.europa.eu
lorenz.kraemer@europarl.europa.eu

Büro Dresden
Schweriner Straße 50a
01067 Dresden
Tel.: +49 (0)351-42690005
Fax: +49 (0)351-20699046
Jan Robert Karas
Susanna Karawanskij
Susann Scholz-Karas
europa@cornelia-ernst.de

Büro Leipzig im linXXnet
Bornaische Straße 3d
04277 Leipzig
Tel.: +49 (0)341-3081199
Juliane Nagel
juliane.nagel@linxxnet.de
Büro Chemnitz im Rathaus
Lohstraße 2
09111 Chemnitz
bei Anfragen:
Tel.: +49 (0)351-42690005
europa@cornelia-ernst.de

Europakontaktbüro Bautzen
Seminarstraße 5
02625 Bautzen
Tel./Fax: +49 (0)3591-270561
Jadwiga Betker
Ilona Messer
bautzen@cornelia-ernst.de

Newsletter von Dr. Cornelia Ernst

Delegation DIE LINKE. in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

Juni/Juli 2011



Europa vor der Zerreißprobe – Das Sorgenkind Griechenland



Täglich ist in der Presse über Griechenlands Rettung vor dem Staatsbankrott zu lesen. Trotz des milliardenschweren Hilfspakets und dem damit verbundenen harten Sparkurs sinkt das Vertrauen, dass Griechenland aus der Krise wieder herausfindet. Die Herabstufung der Bonitätsnote des Landes auf „C“ mit negativem Ausblick von der Ratingagentur Standart & Poor's trägt auch auf dem Finanzmarkt nicht zum positiven Vertrauensgewinn bei. Mittlerweile werden verschiedene Umschuldungsvarianten heiß diskutiert. Doch gerade diese Option, dass die Gläubiger das verliehene Geld teilweise nicht wieder sehen, wird nur weiterhin das Vertrauen in Griechenland erschüttern. Neben dem sog. „Haircut“ wird die Mglichkeit einer „weichen Umschuldung“ mittels Verlängerung der Kreditlaufzeiten und der Reduktion der Zinsen erwogen. Mit dieser Variante würde Griechenland mehr Zeit bekommen und müsste weniger Zinsen zahlen. Ob damit aber andere Staaten durch ihre finanzpolitischen Verflechtungen nicht „angesteckt“ werden würden, die Stabilität des Euros gefährdet wäre und ob überhaupt die Gläubiger der Verlängerung der Laufzeiten bzw. dem Zinsverzicht zustimmen, vermag zurzeit niemand mit Sicherheit sagen. Griechenland bleibt weiterhin das Sorgenkind in der Gemeinschaft.

Aktuelles aus Brüssel

Kohäsionspolitik: Hchstfrderung wird nicht abrupt enden

Am 26.5.11 fand im Ausschuss für regionale Entwicklung im Europäischen Parlament die Abstimmung des Berichts zum Fünften Kohäsionsbericht und zur Zukunft der Struktur- und Kohäsionspolitik statt.

DIE LINKE im EP begrüßt, dass sich der Regionalausschuss für eine angemessene bergangsfrderung für jene Regionen ausgesprochen hat, die ab 2014 aus der Hchstfrderung der Strukturfonds herausfallen werden. Dazu wird eine Zwischenkategorie eingerichtet, die sicherstellen kann, dass es nach der Hchstfrderung eine weitere bergangsfinanzierung gibt, so dass die bisher erreichten Fortschritte nicht in Frage gestellt werden. Des Weiteren begrüßen wir, dass den Regionen bei der Festlegung von zukünftigen Investitionsprioritäten immerhin Spielraum eingeräumt wird.

Es ist kritisch zu bewerten, dass die Mitgliedstaaten in

Zukunft bestimmte institutionelle und strukturelle Reformen (wie z.B. in der Arbeitsmarktpolitik) vorweisen müssen, um Strukturfondsmittel zu erhalten. Außerdem soll die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts mit dem Zugang zu Strukturfondsmitteln verbunden werden – dies läuft den Zielen der Strukturfondsfrderung diametral entgegen. Und der Ausschuss sprach sich für die Absenkung des Hchstfrderungssatzes auf 75 % aus – dies wird Länder wie Tschechien, Polen, Portugal und Griechenland besonders hart treffen.

Der Kampf ums Geld hat begonnen!

Jüngst legte das Europäische Parlament seine Forderungen für die Haushaltsplanung der EU für die Jahre 2012 - 2014 vor.

Zwar begrüßt die Linksfraktion GUE/NGL die enthaltene Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer sowie einer Erhhung des EU-Haushaltes um 5%. Trotzdem haben wir dem Bericht nicht zugestimmt, denn der Haushalt, so wie er in dem heute abgestimmten Bericht gefordert wird, hätte negative Auswirkungen auf das soziale Gefüge in Europa.

Etwa drei Viertel der Ausgaben werden für die Kohäsionspolitik und die europäische Agrarpolitik ausgegeben. Reformen sind hier dringend notwendig.

Bei der Kohäsionspolitik darf es keine Einschnitte geben darf. Strukturfonds tragen wesentlich zur Reduzierung der regionalen Disparitäten bei. Ohne die EU-Frderung würden die ostdeutschen Bundesländer heute im EU-Vergleich nicht so gut abschneiden. [...] Bislang erzielte Erfolge stehen auf dem Spiel. Ich befürchte, dass Rechtspopulismus damit ein allzu guter Nährboden gegeben wird.



„Der Stellvertreter“ (2002)

30.06.2011, 19.30 Uhr

Wahlkreisbüro Dr. Cornelia Ernst,
Schweriner Straße 50a, Dresden

Deutschland im Dritten Reich: Kurt Gerstein, überzeugter Christ und Angehriger der deutschen Wehrmacht, arbeitet als Ingenieur in einem Hygiene-Institut. Seine Aufgabe ist es, Desinfektionsmittel für Soldatenbaracken und das Trinkwasser herzustellen. Im Laufe des Krieges wird Gerstein als Mitglied der SS mit der Vernichtung der Juden konfrontiert. Er soll die Konzentrationslager mit dem Gas Zyklon B versorgen. In seiner Verzweiflung wendet er sich an den Nuntius des Papstes in Rom, doch nur dessen Sekretär Riccardo glaubt und hilft ihm, die Kirche zum Handeln zu bewegen. (Quelle: Mesax Datenbank)